

Wie Macron ins Schleudern geriet

Der Präsident konnte anfänglich jeden gewerkschaftlichen Widerstand gegen seinen betont marktfreundlichen Kurs wegbügeln. In der Folge unterschätzte er die finanziellen Engpässe und den Zorn, den seine steuerlichen Umschichtungen zu Gunsten der Kapitaleigner und zu Lasten breiter Teile der Arbeitnehmer und Rentner, namentlich in der Provinz, auslösten.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Warum ist der anfänglich so bewunderte Präsident Emmanuel Macron mit seinem ó für französische Verhältnisse ó sehr marktfreundlichen Reformprojekt so urplötzlich ins Schleudern geraten? Eben weil er anfänglich den Widerstand der Gewerkschaften etwa gegen die Lockerung des Arbeitsrechts und die Reform der Bahn ziemlich mühelos wegbügeln konnte.

Diese relativ leicht errungenen Erfolge, gepaart mit dem französischen System der fast uneingeschränkten Durchgriffsrechte des Staatsechfs, ließen Macron gewissermaßen übermütig werden: bei seinen finanzpolitischen Umschichtungen zugunsten der Unternehmer preschte er eilends vor, die sozialen Begleitmaßnahmen laufen erst langsam an. Unmutssignale, aus der Bevölkerung, die ihm von Lokalpolitikern regelmäßig zugetragen wurden, unterschätzte Macron sträflich.

Das Kernproblem Frankreichs ist seine schwindende Industrie: Diese beschäftigt nur mehr 9,6 Prozent der Arbeitnehmer. Die Warenproduktion ist seit dem Jahr 2000 um drei Prozent zurückgegangen, während sie etwa in Deutschland um 25 Prozent zunahm. Die Produktion der Autofirmen sank gar um 28 Prozent, in Deutschland wuchs sie um 57 Prozent. Das Außenhandels-Defizit sackte in den ersten acht Monaten 2018 auf ein Rekordtief von 42 Milliarden Euro, Deutschland verzeichnete während dessen einen Exportüberschuss von 156 Milliarden.

Französische Konzerne zählen noch immer zur Weltspitze, ihren Reichtum erwirtschaften sie aber nur zu einem geringen Teil in Frankreich. Die bis vor kurzem noch höheren Lohnkosten als in Deutschland und das teilweise mangelnde Angebot an hochwertigen Produkten spielen dabei eine Rolle.

Macron hielt dagegen mit einem konsequenten Abbau der Steuern für Unternehmer und Kapital-Eigner (Abschaffung der Vermögenssteuer und Einführung einer Flattax für Kapitalerträge). Den Anfang für dieses Welcome-Investoren-Programm hatte Macron bereits als Wirtschaftsminister zwischen 2014 und 2016, damals noch im Dienste des sozialistischen Präsidenten Francois Hollande, bewerkstelligt.

Dieser Kurs zeitigte erste Erfolge: im dritten Trimester 2018 verbuchte Frankreich ein doppelt so hohes Wirtschaftswachstum als die Euro-Zone. Zum ersten Mal seit 1999 wurden 2017 um einige Tausende Jobs mehr in der Industrie geschaffen als abgebaut. In Paris gaben sich hochrangige Brexit-Absiedler bei Schnuppertouren die Klinke.

Macrons Förderprogramm für Unternehmen und Wohlhabende beläuft sich im Budget 2019 auf rund 45 Milliarden, die vorerst kaum durch Sparmaßnahmen ausgeglichen werden. Dafür erließ Macron breit gestreute Steuern, wie etwa eine Sozialabgabe auf Renten oder Gebührenerhöhungen auf Sprit.

Resultat: nicht die aller Ärmsten, sondern die sozial knapp darüber situierten Bevölkerungsschichten rebellierten. Leute in der Provinz und Speckgürteln, die auf ihre Autos angewiesen sind, und die nur mehr mit Dauer-Einschränkungen über die Runden kommen.

Macron versucht jetzt diese Arbeitnehmer und Rentner mit Abgabensenkungen und Unterstützungsmaßnahmen in der Höhe von 10 Milliarden zu besänftigen. Um so viel dürften sich im kommenden Budget die Zuwendungen für die Unternehmen reduzieren. Die prioritäre Hinwendung des Staatschefs zu den Wirtschaftstreibenden bleibt freilich aufrecht.